

# Protokoll

---

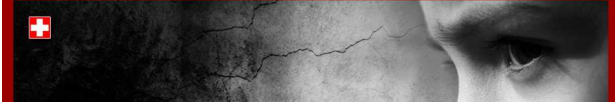
Datum: 22. April 2014  
Für: TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.122474 / 922/2013/01184

## Protokoll des vierten Runden Tisches vom 21. März 2014

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM Bundesamt für Justiz
<b>Teilnehmende mit Stimmrecht:</b>	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Ursula Biondi	Vertreterin administrativ Versorgte
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
	Daniel Cevey	Betroffener
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Kurt Gradolf	Vertreter Zwangssterilisierte
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK
	Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchenbund SEK
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
	Thomas Huonker	Vertreter Fremdplatzierte
	Andreas Jost	Betroffener
	David Oberholzer	CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz
	Sybille Oetliker	Schweizerischer Städteverband
	Claudia Scheidegger	Betroffene

	Fritz Schober	Schweizerischer Bauernverband SBV
	René Schüpbach	Betroffener
	Uschi Waser	Vertreterin Jenische
	Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz KOKES
	Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband
	Walter Zwahlen	Vertreter Verdingkinder
<b>Teilnehmende ohne Stimmrecht:</b>	Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
	Beat Gnädinger	Schweizerische Archivdirektorenkonferenz ADK
	Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
	Martin Lengwiler	Vertreter Historiker
	Marco Leuenberger	Vertreter Historiker
	Ursula Schneider Schüttel	Parl. Gruppe für Opfer von FSZM
	Annegret Wigger	Vertreterin Sozialwissenschaften
<b>Gäste:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz
	Folco Galli	Bundesamt für Justiz
	Lukas Heckendorn	Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
	Janine Mauerhofer	Assistentin des Delegierten für Opfer von FSZM
	Nina Schneider	Bundesamt für Justiz
	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz
	Sara Zimmermann	Staatsarchiv des Kantons Zürich
<b>Protokoll:</b>	Rahel Müller	Bundesamt für Justiz
<b>Entschuldigt:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
	Jacqueline Fehr	Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM
	Marco Ronzani	Coach des Betroffenenforums
	Loretta Seglias	Vertreterin Historiker



1 Sitzungsbeginn: 10.00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen; Schwerpunkte des 4. RT und Vorgehensweise für**  
3 **die Behandlung der Anträge**

4 Der DelegierteDelegierte eröffnet die Sitzung und gibt die Entschuldigungen bekannt. Ziel  
5 und Schwerpunkt der Sitzung sei die Besprechung der Grobstruktur des Berichts des RT und  
6 insbesondere des Massnahmenteils. Er macht beliebt, Anträge, welche die Massnahmen  
7 betreffen, unter dem Traktandum 6 (Grobstruktur des Berichts/Massnahmenteil) zu  
8 behandeln, was sicherstelle, dass das Gesamtbild nicht verloren gehe.

9 **2. Genehmigung des Protokolls des 3. RT**

10 Sämtliche Änderungswünsche konnten berücksichtigt werden. Das Protokoll wird  
11 stillschweigend genehmigt. Der Delegierte informiert, dass seines Erachtens die  
12 Aufschaltung des Protokolls erst nach der Genehmigung erfolgen könne. Diese  
13 Vorgehensweise trifft auf breite Zustimmung.

14 **3. Informationen**

15 **3.1 Stand Rehabilitierungsgesetz**

16 NR Schneider Schüttel informiert, das Rehabilitierungsgesetz sei diesen Vormittag mit gros-  
17 ser Mehrheit angenommen und verabschiedet worden. Der Delegierte ergänzt, dass eine  
18 möglichst rasche Inkraftsetzung erwünscht sei; dies sei aber noch mit den Kantonen  
19 abzusprechen. Eine Inkraftsetzung auf den 1. August 2014 sei seines Erachtens möglich. Es  
20 sei fraglich, ob auch die Einsetzung der Expertenkommission durch den Bundesrat bereits  
21 auf diesen Termin möglich sei. Die Teilnehmenden diskutieren den Einbezug des RT in die  
22 wissenschaftliche Aufarbeitung im Rahmen der Umsetzung des Rehabilitierungsgesetzes  
23 und insbesondere die Frage der Einsetzung eines Ausschusses. Herr Huonker wünscht,  
24 dass der RT durch einen Ausschuss eingebunden werde. Frau Keller unterstützt dieses  
25 Anliegen, damit in dieser wichtigen Frage Transparenz für alle Beteiligten hergestellt werden  
26 könne. Der Delegierte betont, dass der RT einzubeziehen sei - sowohl betreffend Einsetzung  
27 als auch bei den Arbeiten. Seines Erachtens würden aber - v.a. aus Zeitgründen - bilaterale  
28 Gespräche genügen.

29 **3.2 Volksinitiative**

30 Der Delegierte informiert, die Volksinitiative werde demnächst lanciert. Vorgesehen sei der  
31 31. März 2014.

32 Herr Claude weist auf das nach wie vor bestehende Wissensmanko in den Kantonen der  
33 Westschweiz hin.

34 **3.3 Anlaufstellen**

35 Frau Hanselmann informiert, am 3. Juni 2014 finde das nächste Anlaufstellentreffen statt.  
36 Anliegen könnten ihr gerne zugetragen werden. Sie informiert ferner, die Situation in BS  
37 hätte geklärt werden können. Im Übrigen seien sie daran, mit den Kantonen Gespräche

1 betreffend Soforthilfe zu führen. Sie regt an, allfällige Unstimmigkeiten mit Anlaufstellen  
2 diesen direkt oder der SODK zu melden. Bilaterale Lösungen seien oft zielführender als  
3 Massenmails.

4 Herr Jost weist darauf hin, bei den Anlaufstellen würde der "Kantönligeist" nach wie vor  
5 vorherrschen.

### 6 **3.4 Empfehlungen betreffend Akteneinsicht**

7 Herr Gnädinger informiert über verschiedene Rückmeldungen der Kantone, wonach die  
8 Empfehlungen weitergeleitet und detailliert worden seien. Er erachte die Detaillierungen als  
9 sehr wichtig, um den unterschiedlichen Regelungen in den Kantonen Rechnung tragen zu  
10 können. Herr Schüpbach weist darauf hin, es sei teilweise förderlich, sich an die Stellen zu  
11 wenden, die damals die Heimeinweisungen finanziert hätten. Dort seien teilweise auch noch  
12 Akten vorhanden. **Frau Hilafu verweist auf die Problematik, dass ehemalige Adoptierten keine**  
13 **Akteneinsicht bei ihren leiblichen Vätern gewährt wird, obwohl diese verstorben und die**  
14 **Vaterschaft anerkannt ist. Man verweise auf den Datenschutz.**

15 . Herr Gnädinger erläutert, dass in jenen Fällen, in welchen eine Legitimation vorliege, eine  
16 Akteneinsicht möglich sein sollte. Hier seien die Umstände des Einzelfalls entscheidend.

17 Frau Zürcher informiert, in der Zeitschrift des Gemeindeverbandes sei auf die Empfehlungen  
18 hingewiesen worden. Sie verweist auf die Möglichkeit der Aufnahme eines Direktlinkes auf  
19 die Homepage der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz.

20 Der Delegierte ergänzt, er habe bei den Gesprächen mit den Kirchenvertretern darauf  
21 hingewiesen, dass die Empfehlungen auch auf kirchlich geführte Institutionen Anwendung  
22 finden sollten. Herr Bürgstein informiert, die katholischen Bischöfe würden die Empfehlungen  
23 an ihre Bistümer weiterleiten. Herr Hofstetter ergänzt, dass auch bei der evangelischen  
24 Kirche Bereitschaft bestehe.

25 Herr Claude deponiert zu handen der Bischofskonferenz, es bestehe Interesse an der  
26 Bekanntgabe der Namen der damals Involvierten. Herr Gnädinger empfiehlt, in einem ersten  
27 Schritt Akteneinsicht vorzunehmen. Der Rest werde sich aus der Akteneinsicht heraus  
28 ergeben. Herr Bürgstein informiert, es gebe kein nationales Archiv auf katholischer Seite. Es  
29 bestehe deshalb die Herausforderung zu entscheiden, welches die zuständige Institution sei.  
30 Er biete Unterstützung an, falls hier Schwierigkeiten bestünden oder falls Gesuche  
31 unbeantwortet blieben.

### 32 **3.5 Umfrage zur Anzahl der Betroffenen/Opfer**

33 Der Delegierte informiert über die durchgeführte Umfrage bei den bekannten Organisationen  
34 sowie bei den kantonalen Ansprechpersonen für die durch den Bund subventionierten  
35 Heime. Die Bilanz werde Anfang April gezogen. Herr Gnädinger gibt bekannt, die Zahl der  
36 gemeldeten Betroffenen habe sich seit der letzten Umfrage bei den Staatsarchiven  
37 verfünffacht. Er betont, die Sensibilisierung der Gemeinden sei aus Sicht der Staatsarchive  
38 ein wichtiges Anliegen. Wichtig sei auch die Unterscheidung, ob sich eine Drittperson oder  
39 eine direkt betroffene Person melde; die rechtliche Situation sei hier je nach dem  
40 unterschiedlich. Auch diesbezüglich würden die Staatsarchive Beratung anbieten. Wichtig sei  
41 auch der Hinweis, dass es nicht einfach „Dossiers“ gebe. Die Überlieferungsspuren würden  
42 sich in unterschiedlichen Akten befinden.

43 Frau Hilafu verweist auf ihren Antrag i.S. Finanzierungsgesuch für einen gemeinsamen  
44 Webauftritt der Suchdienste der Schweiz und begründet diesen. Der Delegierte stellt in  
45 Aussicht, das Gesuch werde den Teilnehmenden des RT verteilt und es werde später darauf  
46 zurückgekommen.

1 **3.6 Betroffenenforum:** Keine Bemerkungen.

2 **3.7 Ausstellung "Verdingkinder reden"**

3 Der Delegierte informiert über die von verschiedenen Seiten her eingegangenen Zusagen für  
4 weitere Unterstützung und dankt den entsprechenden Organisationen. Die Ausstellung  
5 werde am 12. April 2014 eröffnet.

6 **3.8 Anpassungen der Homepage**

7 Der Delegierte und Frau Müller informieren über die vorgenommenen und anstehenden  
8 Änderungen. Vorschläge könnten gerne an Frau Müller gerichtet werden.

9 **4. Soforthilfe**

10 **4.1. Stand der Realisierung**

11 Der Delegierte verweist auf die den Teilnehmenden vorliegenden Entwürfe der Vereinbarung  
12 mit der Glückskette, der Fondsrichtlinien und des Gesuchsformulars. Er stellt in Aussicht,  
13 dass zusammen mit der Glückskette nächste Woche noch Anpassungen vorgenommen  
14 würden. Es verweist auf das Anliegen der SODK, die Texte einfacher zu gestalten.

15 Die Teilnehmenden diskutieren die Papiere und regen insbesondere folgende Anpassungen  
16 an:

17 *Richtlinien:*

18 - 2. Linie: „Kinder und Jugendliche“ sei durch „Menschen“ zu ersetzen

19 *Gesuchsformular:*

20 - Klarere Formulierung der Vorgehensweise der Gesuchsabwicklung

21 - Farbliche Gestaltung

22 - Präzisierung der Möglichkeit zur Kontaktaufnahme / Konnex zur (Verwendung der)  
23 niedergeschriebenen Geschichte?

24 - Diskussion um die Frage der Verwendung des Geldes: Der Delegierte weist darauf  
25 hin, dass diese Frage durch die Glückskette immer gestellt werde. Es werde aber  
26 versucht, die Formulierung abzuschwächen ("welchen Wunsch möchten Sie sich mit  
27 der Soforthilfe erfüllen?"). Der Delegierte betont, es sei nicht Aufgabe des  
28 Ausschusses, Polizist zu spielen und die Wünsche der Gesuchsteller zu werten.

29 - Sozialhilfelogik (Beispiel: Steuerveranlagung des nicht verheirateten Partners ist  
30 beizulegen): Diese Dynamik sei zu überdenken und mit der Glückskette zu  
31 besprechen.

32 *Sämtliche Papiere:*

33 - Konsequente Nennung der Fremdplatzierten

34 - Einheitliche Verwendung der Begriffe auf allen Papieren und insbesondere  
35 Berücksichtigung der im Ausschuss besprochenen Spezifizierungen und  
36 Formulierungen

37 - Ergänzung um die Position der Eltern (Kindeswegnahme)

38 - Präzisierung „Abtreibung“: „Zwangsabtreibung“

39 - Vereinfachung

40 Der Delegierte informiert, der Vorstand der Glückskette werde sich am 25. März 2014  
41 nochmals mit dem Soforthilfefonds befassen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung sei auf

1 den 8. oder 9. April 2014 vorgesehen und werde auch durch eine Medienmitteilung bekannt  
2 gegeben. In der Medienmitteilung werde auch der Ablauf des Verfahrens nochmals klar  
3 dargestellt. Gesuche könnten ab Juni eingereicht werden; Auszahlungen seien ab  
4 September möglich. Der Delegierte informiert, beim Sekretariat FSZM eingereichte Gesuche  
5 würden unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen aufbereitet, durch den Ausschuss  
6 behandelt, der Glückskette vorgelegt, aufbewahrt und schliesslich archiviert.

7 Frau Hanselmann informiert, 7 Kantone hätten Beiträge gesprochen. Andere Kantone  
8 müssten noch auf die Beschlüsse des Parlamentes warten. Bis jetzt würden keine negativen  
9 Meldungen vorliegen. Sie verweist auf die benötigte Zeit. Der Delegierte informiert über die  
10 versendeten Spendenaufrufe bei Unternehmen, Organisationen und Institutionen. Das  
11 Schreiben diene nicht nur der Geldbeschaffung, sondern auch der Verdeutlichung, dass es  
12 nicht um Verantwortung sondern um Solidarität gehe. Ferner würden die Briefe der  
13 Aufklärung/Sensibilisierung dienen. Auf Frage von Herrn Baud erläutert der Delegierte das  
14 (mittlerweile richtiggestellte) Missverständnis in der Westschweizer  
15 Lotteriefachdirektorenkonferenz betreffend die Zweckbindung der Finanzierungsbeiträge des  
16 Soforthilfefonds.

17 Frau Aebischer informiert, die integras-Resonanzgruppe zum RT habe alle Trägerschaften  
18 dazu eingeladen, im Sinne der Solidarität einen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten.  
19 Der Delegierte verdankt diese Initiative. Frau Wigger verweist auf die im Kanton SG gestern  
20 eingereichte Motion. Herr Hofstetter informiert, die reformierte Kirche werde eine Empfehlung  
21 für eine nationale Kollekte an einem nationalen Sammeltag herausgeben. Herr Bürgstein  
22 ergänzt für die katholische Kirche, auch die Bischöfe hätten eine nationale Kollekte  
23 empfohlen. Die Bereitschaft und Unterstützung sei da. Herr Claude gibt seinem Unmut  
24 darüber Ausdruck, dass eine Kollekte durch jene durchgeführt werde, welche die Betroffenen  
25 damals mit Füßen getreten hätten.

#### 26 **4.2. Organisatorische Aspekte (insb. Vorgehen für die Prüfung der Gesuche; Aus-** 27 **schuss und Zeitplan)**

28 Der Delegierte verweist auf das bereits Gesagte. Gesuche würden an den Delegierten resp.  
29 an das Sekretariat FSZM gerichtet, administrativ aufbereitet und bei Vollständigkeit dem  
30 Ausschuss zur Prüfung weitergeleitet. Der Ausschuss gebe zu Händen der Glückskette eine  
31 Stellungnahme ab.. Die Glückskette nehme keine eigentliche materielle Prüfung mehr vor,  
32 sondern mache nur noch den formellen Entscheid. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls  
33 stichprobenweise zu überprüfen, ob die Richtlinien eingehalten würden.

34 Der Delegierte führt aus, er stelle sich einen Ausschuss mit 3-5 Personen vor. In diesem  
35 Ausschuss sollten unterschiedliche Qualifikationen vertreten sein. Es brauche Betroffene  
36 sowie Personen, die mit Sozialhilfe und mit administrativen Abläufen vertraut seien. Er  
37 möchte in den nächsten Tagen und Wochen Überlegungen zur Ausgestaltung des  
38 Ausschusses anstellen. Dabei sei auch eine angemessene Vertretung beider Geschlechter  
39 und der Sprachregionen sicherzustellen. Der Ausschuss werde geleitet durch den  
40 Delegierten. Der Delegierte bittet um Ermächtigung, in den nächsten Wochen die  
41 Vorarbeiten zu leisten, um bis im Juni ein funktionierendes Team aufzustellen. Die  
42 Aufbereitung der Dossiers könne nicht Teil der Arbeiten des Ausschusses sein. Dieser habe  
43 beratungsreife Unterlagen zu erhalten. Diese Aufbereitung sei durch einen Sonderaufwand  
44 des BJ zu bewältigen.

45 Der RT stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen zu.

46 Herr Zwahlen weist auf die Weigerung des Bauernverbandes hin, sich am Soforthilfefonds  
47 finanziell zu beteiligen. Herr Schober erläutert, der Bauernverband selber habe vom  
48 Verdingkinderwesen nicht profitiert, nur die Bauern selber. Er gibt zu bedenken, die Bauern

1 würden auch bei den Kollekten der Kirchen spenden, diese seien ja wahrscheinlich noch die  
2 treuesten verbliebenen Kirchgänger. Auch der Bauernverband habe überlegt, eine  
3 Sammlung zu starten. Eine solche sollte aber als Glückskettentag gesamtgesellschaftlich  
4 durchgeführt werden. Der Delegierte informiert über inzwischen stattgefundene Gespräche  
5 mit dem Präsidenten und dem Direktor des Bauernverbandes. Er könne sich gut vorstellen,  
6 dass der Bauernverband auf seinen Entscheid zurückkomme. Er würde es deshalb als  
7 verfehlt erachten, den Bauernverband an den Pranger zu stellen. Er wünsche sich, dass  
8 sämtliche Mitglieder des RT konstruktiv bei der Erarbeitung von Lösungen mitwirken. Der  
9 Delegierte stellt in Aussicht, dass er an einer Vorstandssitzung des Bauernverbandes den  
10 RT und seine Arbeiten vorstellen werde.

11 Frau Keller bestätigt, das Gespräch sei weiter zu suchen. Das Thema des RT sei bei den  
12 Bäuerinnen und Landfrauen auf grosses Interesse gestossen. Sie sei zuversichtlich, dass die  
13 Frauen ebenfalls das Gespräch aufnehmen werden. Hier brauche es Geduld.

14 Herr Avanzino informiert über eine Studie, welche die Kinderarbeit thematisiere. Betroffen  
15 seien nicht nur Verdingkinder, sondern auch Waisenkinder. Es habe ein unglaublicher,  
16 sklavenhafter Missbrauch stattgefunden. Für die Zeit zwischen 1830 und 1940 sei zudem die  
17 Heimarbeit zu erforschen. Der Delegierte bestätigt, dass diese Fragen bei der  
18 wissenschaftlichen Aufarbeitung zu klären seien.

## 19 **5. Diskussion über spätere finanzielle Leistungen auf gesetzlicher Grundlage:**

### 20 **5.1 Information SIR**

21 Herr Heckendorn vom Schweizerischen Institut für Rechtsvergleichung SIR stellt den  
22 rechtsvergleichenden Bericht des SIR vor. Er stellt den Endbericht (zumindest in deutscher  
23 Sprache) für in zwei bis drei Wochen in Aussicht. Die Aufarbeitungsprozesse seien sehr  
24 unterschiedlich. In allen untersuchten Rechtsordnungen habe sich aber eine gewisse  
25 Gleichartigkeit der Missstände gezeigt. Herr Heckendorn informiert schwerpunktmässig über  
26 die Aufarbeitungen in Deutschland (Heimerziehung), Schweden (Zwangssterilisationen,  
27 Heimerziehung), Norwegen (Heimerziehung), Australien (Heimerziehung - indigene und nicht  
28 indigene Bevölkerung), USA - North Carolina (Zwangssterilisationen) und Irland  
29 (Heimerziehung). Als Gesamtüberblick führt er aus, in sämtlichen untersuchten Ländern sei  
30 ein Missbrauchselement zumindest glaubhaft zu machen. Bei allen untersuchten  
31 Rechtsordnungen seien zudem besondere Institutionen eingerichtet worden. Auf finanzieller  
32 Ebene sei ein Vergleich relativ schwierig. Verallgemeinernd lasse sich festhalten, dass je  
33 individueller ein Betrag bemessen werde, desto höher die Chance sei, dass im Einzelfall ein  
34 hoher Betrag ausbezahlt werde.

35 Der Delegierte dankt Herrn Heckendorn und dem SIR für die geleistete Arbeit.

36 Frau Biondi erkundigt sich bei Herrn Heckendorn betreffend Aufhebung des Datenschutzes.  
37 Konkret möchte sie wissen, ob die Namen der Akteure (Anstaltsleiter, Ärzte, usw.) bekannt  
38 seien. Herr Heckendorn verweist auf das Beispiel Deutschland, wo die Namen zugänglich  
39 gemacht würden.

40 Herr Schober erkundigt sich, ob auch andere Länder eine so breite Aufarbeitung über alle  
41 Opferkategorien hinweg angegangen hätten, wie dies die Schweiz mache. Herr Heckendorn  
42 erläutert, die Aufarbeitung habe in anderen Ländern in jeweils eigenen Prozessen  
43 stattgefunden.

44 Herr Huonker ergänzt, der Höchstbetrag im Zivilrecht in Australien sei 525'000 australische  
45 Dollar gewesen. Er verweist auf die sehr breite Aufarbeitung in Irland und die Relation der  
46 Beträge. Er erkundigt sich, ob der Begriff Missbrauch auf den sexuellen Missbrauch  
47 beschränkt sei. Herr Heckendorn informiert, der Begriff Missbrauch sei in den untersuchten

1 Ländern allgemein und offen umschrieben. Frau Biondi erkundigt sich, ob es im Ausland  
2 Fälle gegeben habe, in denen Eltern für ihre administrativ versorgten Kinder bezahlen  
3 mussten. Herr Heckendorn kann dies nicht aus dem Stegreif sagen und Frau Biondi regt an,  
4 dies ebenfalls abzuklären.

5 Herr Jost gibt zu bedenken, die von den Vereinen geforderten Beträge seien sehr  
6 bescheiden. Er anerkenne, dass eine dem tatsächlichen Schaden entsprechende  
7 Regulierung nicht realisierbar sei. Er empfinde es aber als beleidigend, wenn an diesen  
8 geringen Beträgen jetzt noch gefeilt werde.

9 Herr Leuenberger erkundigt sich, ob die Anzahl der Betroffenen in den einzelnen Ländern  
10 bekannt sei. Herr Heckendorn führt aus, es bestünden in den untersuchten Ländern Zahlen.  
11 Er werde diese nachliefern.

## 12 **5.2 Arbeitspapier Solidaritätsfonds**

13 Der Delegierte informiert, das Arbeitspapier behandle lediglich Grundsätze, die später noch  
14 konkretisiert werden können und müssen.

15 Der Delegierte führt aus, der Ausschuss habe die Modelle C und D diskutiert. Im Ausschuss  
16 habe sich aber rasch die Erkenntnis durchgesetzt, die Lösung D nicht mehr  
17 weiterzuverfolgen – vorgeschlagen werde nun die Lösung C, bzw. – mit neuem Namen – der  
18 "Solidaritätsfonds". Herr Schober bezweifelt, dass ein System, bei welchem eine Leistung  
19 unabhängig von der finanziellen Lage eines Opfers erbracht werde, politisch durchsetzbar  
20 sei. Sein Ansatz wäre, nur Betroffenen in einer schwierigen finanziellen Situation zu helfen.

21 Der Delegierte erläutert, nicht alle Betroffene von FSZM seien auch Opfer, die von einem  
22 solchen Solidaritätsfonds Leistungen erhalten würden. Als Opfer einzustufen seien nur  
23 diejenigen Personen, deren physische, psychische, geistige oder sexuelle Integrität durch  
24 FSZM verletzt worden seien. Nur bei Vorliegen einer qualifizierten Betroffenheit (d.h. einer  
25 Opfer-Eigenschaft) seien finanzielle Leistungen aus dem Fonds vorgesehen. Herr Gradolf  
26 vermisst die explizite Nennung der Zwangssterilisierten. Der Delegierte erläutert, diese  
27 Kategorie falle unter die Umschreibung: "Verletzung der physischen Integrität", eine explizite  
28 Erwähnung sei aber möglich.

29 Es wird dargelegt, der Ausschuss habe der Situation Rechnung tragen wollen, dass es auch  
30 Betroffene gegeben habe, denen es gut gegangen sei. Zudem sollten auch Personen ohne  
31 finanzielle Not eine finanzielle Wiedergutmachung erhalten können; denn erlitten und  
32 durchmachen müssen hätten sie das Gleiche. Die Qualität des Leidens eines Anderen könne  
33 nicht objektiv beurteilt werden. Frau Waser verweist auf die gemachten Erfahrungen bei den  
34 Auszahlungen für die Kinder der Landstrasse. Die Abstufungsdiskussionen seien sehr  
35 schwierig und teils auch verletzend gewesen.

36 Die Teilnehmenden diskutieren ferner die Begrifflichkeiten: Frau Hilafu betont, es sei von  
37 Anerkennung und Rückerstattung und nicht von Entschädigung und Wiedergutmachung zu  
38 sprechen. Auch Frau Biondi und Herr Bürgstein bekräftigen, es sollte konsequent nicht von  
39 Wiedergutmachung, sondern von Anerkennung des Unrechts und Leides gesprochen  
40 werden.

41 Frau Aebischer erkundigt sich, was im Kriterienkatalog unter "Androhung" einer Massnahme  
42 zu verstehen sei. Der Delegierte führt aus, häufig seien behördliche Massnahmen für den  
43 Fall angedroht worden, wenn die betroffene Person nicht selbst bzw. freiwillig habe handeln  
44 wollen. Ein typisches Beispiel seien die Zwangsadoptionen, wo die Einwilligung der  
45 Kindesmutter oft nur durch massiven Druck seitens der Behörde erwirkt worden sei.

46 Herr Schober betont nochmals, dass er dieses Modell als politisch nicht durchsetzbar  
47 betrachte. Der Delegierte bestätigt, es seien tatsächlich nur Vorschläge des RT zu



1 erarbeiten, denen der RT eine reelle Chance zumesse. Er erachte eine finanzielle Leistung,  
2 wie sie im Arbeitspapier zum Solidaritätsfonds skizziert sei, grundsätzlich als politisch  
3 realisierbar. Herr Schober bestätigt auf Frage hin, es bestehe Konsens, dass finanzielle  
4 Leistungen Teil der Massnahmen sein sollen - die Differenz betreffe die Modellwahl. NR  
5 Schneider Schüttel bestätigt, dass der politische Weg nicht einfach werden würde.

6 Der Delegierte erläutert, finanzielle Leistungen würden sich nicht auf Leistungen aus dem  
7 Solidaritätsfonds beschränken. Es sei zu überlegen, ob nicht auch im Bereich der  
8 Sozialversicherungen gewisse Massnahmen zu treffen seien (Aufstockung der AHV-Rente,  
9 Massnahmen im IV-Bereich, keine Bestrafung in fiskalischer Hinsicht oder im Bereich der  
10 Sozialhilfe, wenn es zu einer Auszahlung aus dem Solidaritätsfonds für die Begünstigten  
11 kommt). Dies bedürfe gesetzlicher Anpassungen. Der Gesetzgeber sollte nicht mit der einen  
12 Hand geben und mit der anderen Hand nehmen.

13 Frau Hanselmann ergänzt, die SODK habe beschlossen, die zuständigen Departemente in  
14 den Kantonen anzuschreiben, dass die Soforthilfe-Leistungen nicht bei der Bemessung der  
15 Sozialhilfe berücksichtigt werden sollten. Dieses Schreiben werde in den nächsten Tagen  
16 rausgehen. Sie verweist auf die Ausführungen von Herrn Ritler vom Bundesamt für  
17 Sozialversicherungen, der einen vergleichbaren Aufruf für die von ihm beaufsichtigten  
18 kantonalen IV-Stellen angekündigt habe. Frau Hilafu erkundigt sich, ob das Schreiben der  
19 SODK auf der Homepage FSZM veröffentlicht werde. Frau Hanselmann nimmt dieses  
20 Anliegen gerne entgegen.

21 Herr Bürgstein erkundigt sich, ob sich der Ausschuss darüber Gedanken gemacht habe, wie  
22 der Solidaritätsfonds mit der Wiedergutmachungsinitiative zusammen hänge. Der Delegierte  
23 erläutert, der Ausschuss habe sich mit der Volksinitiative noch nicht im Detail befasst. Er  
24 macht beliebt, deren Lancierung abzuwarten und verweist auf die Möglichkeit, den  
25 vorliegend diskutierten Vorschlag gegebenenfalls als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative  
26 zu konzipieren. Herr Huonker ergänzt, die Initiative und die damit verbundene  
27 Öffentlichkeitsarbeit übe aber so oder anders Druck aus und schaffe Motivation zum  
28 Tätigwerden. Frau Aebischer gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Initiative nicht als  
29 Konkurrenz zu den Arbeiten des RT aufgefasst werde. Herr Huonker betont, dies sei nicht  
30 der Fall.

31 Inhaltlich wünscht Herr Schober bei der Passage „Beitrag finanzielle Leistungen durch  
32 Private eine Ergänzung im Text durch das Verb: "können". Frau Aebischer wünscht, dass  
33 „Heime“ durch den Begriff "Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche" ersetzt wird.

34 Der Delegierte fasst zusammen, dass der RT die wesentlichen Weichenstellungen im  
35 Arbeitspapier als richtig erachtet.

## 36 **6. Diskussion über die Grobstruktur des Berichts RT, insbesondere über den** 37 **Massnahmenteil (vgl. Papier "Grobstruktur" mit Beiblättern)**

38 Der Delegierte erläutert kurz den Entwurf der Grobstruktur des Berichts und den Aufbau des  
39 Entwurfs des Arbeitspapiers Massnahmen und Massnahmenvorschläge.

40 Der Vorschlag der Aufnahme von Testimonials (Zeitzeugen) stösst auf breite Zustimmung.  
41 Herr Huonker schlägt zudem vor, dokumentarische Fotos und Aktenauszüge aufzunehmen.  
42 Der Delegierte merkt an, die graphische Gestaltung könne auch noch nach der  
43 Verabschiedung des Berichts erfolgen.

44 Der RT diskutiert folgende Änderungsvorschläge der Grobstruktur:

- 45 - C.3.3: Erweiterung auf „Zivilgesellschaftliche Bestrebungen“ (Berücksichtigung auch  
46 der Bestrebungen der Betroffenenorganisationen r usw.). Der Delegierte stellt in  
47 Aussicht, man werde auf die Akteure zukommen.

- 1 - D.3: Ergänzung um die Elemente "Aktensicherung" und "Bestreitungsvermerke"
- 2 Der RT diskutiert folgende Änderungsvorschläge des Arbeitspapiers: Massnahmen und  
3 Massnahmenvorschläge:
- 4 - *Ziffer 1*: Mahnmal/Denkmal / Gedenkstätte
- 5 - *Ziffer 2*: vgl. heute eingereichter Antrag von Frau Hilafu betreffend den Suchdienst.  
6 Der Delegierte erläutert ferner die vorgeschlagene Massnahme der Erweiterung des  
7 Geltungsbereiches des Opferhilfegesetzes. Herr Jost erkundigt sich nach der  
8 vermittelnden Funktion. Frau Hanselmann nimmt das Anliegen entgegen.
- 9 Protokollanmerkung: Die Verabschiedung der Medienmitteilung wird vorgezogen.
- 10 - *Ziffer 3*: Ergänzung um die Elemente "Aktensicherung" und "Bestreitungsvermerke".  
11 Frau Hilafu wünscht die Erstellung einer Liste, welche Auskunft darüber gibt, wer bei  
12 wem Einsicht erhalten könne. Frau Oetliker regt an, auch die städtischen Archive zu  
13 erwähnen. Herr Gnädinger bestätigt die wichtige Rolle der städtischen Archive wie  
14 auch jene der privaten Organisationen. Er fügt an, der Wunsch von Frau Hilafu führe  
15 zu einer komplizierten Tabelle. Sein Anliegen sei, Missverständnisse und Frustration  
16 zu vermeiden. Er schlägt vor, die Betroffenen sollten sich an die Kantone bzw.  
17 Staatsarchive wenden, wo dann eine spezifische Beratung stattfinden könne. Diese  
18 würden dann auch an die Archive der Städte/Gemeinden und an die privaten  
19 Organisationen weiterleiten. Frau Oetliker präzisiert, die bereits getätigte  
20 Sensibilisierungsarbeit sei in der Massnahmenübersicht aufzunehmen. Frau Hilafu  
21 führt aus, das Gesetzgebungsverfahren zur Lockerung des Adoptionsgeheimnisses  
22 sei ebenfalls dort zu erwähnen. Zusätzlich wünsche sie eine Empfehlung im Hinblick  
23 auf eine Übergangslösung. Frau Waser erkundigt sich, ob beim Erstellen eines  
24 Bestreitungsvermerks Unterstützung angeboten werde. Herr Gnädinger bestätigt,  
25 dass die Staatsarchive eine Unterstützung bei der Formulierung anbieten würden.  
26 Der Delegierte schlägt vor, diesen Hinweis noch konkret in die Empfehlung  
27 aufzunehmen. Frau Aebischer betont die Wichtigkeit der Harmonisierung der  
28 Aktensicherung und den Koordinationsbedarf mit den Datenschutzbestimmungen.  
29 Herr Gnädinger verweist auf die bereits bestehende Empfehlung, die der  
30 Aktensicherung diene. Das Problem liege in der Umsetzung. Es gehe um eine  
31 Homogenisierung der Praxis, nicht um eine Gesetzesanpassung. Eine Anpassung  
32 auf Stufe Bundesgesetz bewirke lediglich einen Impuls auf die kantonalen Gesetze.  
33 Herr Claude bestätigt seinen Antrag um Öffnung der kirchlichen Archive.
- 34 - *Ziffer 4.2*: Der Delegierte informiert im Zusammenhang mit dem Antrag der  
35 Betroffenenorganisationen, das Papier versuche einen Überblick über die bereits  
36 bekannten Anträge zu vermitteln. Er betont, die Diskussion müsse noch geführt  
37 werden. Im Bericht werde dann aber später nicht mehr aufgeführt, wer einen Antrag  
38 gestellt habe, sondern es gehe darum, gemeinsame Empfehlungen des RT zu  
39 verabschieden. Heute sollten sämtliche Massnahmen diskutiert werden, die  
40 grundsätzlich in den Berichtsentwurf Eingang finden sollen.
- 41 - *Ziffer 4.3*: Der Delegierte macht beliebt, eine Auswahl zu treffen und Prioritäten zu  
42 setzen. Er führt aus, persönlich sei er der Auffassung, man sollte sich auf wenige  
43 Massnahmen konzentrieren, die möglichst viel bringen. Frau Keller empfiehlt, sich auf  
44 die Thematik der AHV und der IV zu konzentrieren. Der Vorschlag auf eine  
45 Empfehlung einer Steuerreduktion zu verzichten findet grundsätzlich Zustimmung.  
46 Empfohlen werden soll hingegen ein Steuererlass für Opfer mit bestehenden hohen  
47 Steuerschulden. Der Delegierte stellt in Aussicht, diese Frage mit den Steuerbehörden  
48 aufzunehmen. Die Frage, ob eine Lückenschliessung oder eine Aufstockung der  
49 Renten zielführend sei, werde er mit dem Bundesamt für Sozialversicherung

- 1 aufnehmen. Herr Huonker erläutert, die finanzielle Kompensation für geleistete Arbeit  
2 fliesse indirekt in die Ausgestaltung des Solidaritätsfonds (als Begründung) mit ein  
3 und müsse nicht separat in der Liste aufgeführt werden. Der Antrag auf ein GA der  
4 Betroffenen auf Lebenszeit wird diskutiert und es wird entschieden, diesen vorläufig  
5 noch im Bericht zu lassen. Betreffend Antrag "früheres Rentenalter" wird auf die damit  
6 verbundene schwierige politische Diskussion hingewiesen. Für den Antrag würden  
7 die Argumente der Lebensarbeitszeit sowie die Spezialbehandlung der Bauarbeiter  
8 sprechen.
- 9 - *Ziffer 5:* Herr Lengwiler empfiehlt die Aufnahme der Empfehlungen zur  
10 wissenschaftlichen Aufarbeitung. Der Delegierte bestätigt auf Frage von Frau Hilafu,  
11 die Bereitstellung von Geld habe vorgängig zur wissenschaftlichen Aufarbeitung zu  
12 erfolgen. Die unabhängige Expertenkommission des Rehabilitierungsgesetzes werde  
13 ihre Arbeiten aber rasch aufnehmen können. Herr Lengwiler informiert über die sich  
14 abzeichnende Möglichkeit, parallel über den Nationalfonds Mittel für die Aufarbeitung  
15 zu beschaffen. Er empfiehlt, diese Chance zu nutzen. Der Delegierte informiert, die  
16 Regelung im Rehabilitierungsgesetz ermögliche es, Querbezüge zu den übrigen  
17 Opferkategorien zu schaffen. Wenn sich die Expertenkommission hingegen mit  
18 sämtlichen Opfergruppen befassen solle, bedürfe dies einer gesetzlichen Grundlage,  
19 was 3-4 Jahre Zeit beanspruche. Der Delegierte betont, dass mögliche Spielräume  
20 auszunutzen seien, um Synergien zu schaffen. Bei der Besetzung der unabhängigen  
21 Expertenkommission und bei der Leitung des Nationalfondsprojektes (NFP) müsse  
22 sichergestellt werden, dass auf personeller Ebene die Zusammenarbeit funktioniere.  
23 Herr Huonker bestätigt die Wichtigkeit der personellen Koordination. Frau Keller ist  
24 der Auffassung, dass die Schaffung einer ExpertInnenkommission mit umfassendem  
25 Forschungsauftrag vorzuziehen sei. Dies wäre ein klares politisches Signal an die  
26 Öffentlichkeit und würde eine breitere und vor allem politischere Diskussion über die  
27 Umsetzung der Resultate ermöglichen. Demgegenüber würden - zumindest nach  
28 ihren Erfahrungen - Resultate von NFP-Studien vor allem in Fachkreisen diskutiert.  
29 Der RT ist grossmehrheitlich der Meinung, das parallele Vorgehen  
30 (Expertenkommission und Nationalfonds) sei weiter zu verfolgen. Frau Aebischer  
31 macht beliebt, die Vertreter der Institutionen einzubeziehen (Zeile 1, Spalte 2).
- 32 - *Ziffer 6:* Herr Bürgstein regt an, die bereits vorgenommene Sensibilisierungsarbeit  
33 des RT als getroffene Massnahme aufzuführen. Frau Aebischer wünscht sich ein  
34 Konzept, wie die breite Öffentlichkeit konkret mehr sensibilisiert werde. Der  
35 Delegierte schlägt vor, in der mittleren Spalte die Erarbeitung eines Konzepts zur  
36 Sensibilisierung aufzunehmen. Herr Claude wünscht, dass auch die Betroffenen mit  
37 der Öffentlichkeit und mit den Parlamentariern in Kontakt treten können. NR  
38 Schneider Schüttel betont die Wichtigkeit des Direktkontakts der Betroffenen mit  
39 Politikern und stellt sich zur Verfügung, diesen Kontakt herzustellen. Herr Schüpbach  
40 schlägt vor, Parlamentarier gezielt nach Mümliswil einzuladen. Der Delegierte  
41 unterstützt den Vorschlag, dass Mümliswil die parl. Gruppe FSZM einlade. Frau  
42 Hilafu regt an, dass auch die Tonbandaufnahmen auf dem Massnahmenkatalog  
43 vermerkt werden. Herr Huonker kommt auf seinen Vorschlag der Gedenkmünze zu  
44 sprechen. Der Delegierte bestätigt, dass hier eine Empfehlung entworfen werde.
- 45 - *Ziffer 7:* Herr Oberholzer wünscht die Aufnahme in die Liste, dass die am RT  
46 teilnehmenden Organisationen und Institutionen als Multiplikatoren für ihre Gremien  
47 wirken (bereits getroffene und künftige Massnahmen). Die künftige  
48 Zusammensetzung und Organisation des RT wird diskutiert. Insbesondere die  
49 Durchführung von Hearings findet breite Unterstützung. Der Delegierte informiert, die  
50 künftige Zusammensetzung und Organisation des RT werde zu diskutieren sein und

1 er sei diesbezüglich völlig offen. Frau Aebischer verweist auf ihren Antrag zur  
2 Schaffung von regionalen Betroffenenforen. Dies sei ebenfalls aufzunehmen. Frau  
3 Hilafu erwidert, sie würde bevorzugen, wenn bestehende Organisationen unterstützt  
4 werden (entspricht dem Vorschlag in der rechten Spalte). Herr Jost erläutert seinen  
5 Antrag, es sei den Betroffenen Plattformen zur Selbsthilfe zu bieten.

## 6 **7. Wissenschaftliche Aufarbeitung**

7 Wird als behandelt betrachtet.

## 8 **8. Kommunikation / Öffentlichkeitsarbeit**

9 Der Delegierte verweist auf die anstehenden und vergangenen Medienaktivitäten. Er  
10 informiert insbesondere über das für den 15. April 2014 geplante Hintergrundgespräch mit  
11 Medienvertretern. Er wäre froh, wenn 2-3 Vertreter der Betroffenen teilnehmen könnten. Er  
12 werde diesbezüglich mit Betroffenen Kontakt aufnehmen.

## 13 **9. Weiteres Vorgehen / Planung der Arbeiten (5. RT 06.06.2014; 6. RT 01.07.2014)**

14 Der Delegierte stellt in Aussicht, dass in Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden des RT  
15 auf den 6. Juni 2014 einen Grobentwurf des Berichts erstellt werde. An der nächsten Sitzung  
16 des RT soll der Grobentwurf diskutiert werden. Eine Verabschiedung sollte an der Sitzung  
17 vom 1. Juli 2014 möglich sein, wobei die graphische Gestaltung auch nachgängig  
18 vorgenommen werden könne.

19 Herr Gnädinger informiert, der nächste RT werde im Staatsarchiv Zürich stattfinden. Es  
20 werde nach dem RT ein Apéro offeriert. Der Delegierte bedankt sich bei Herrn Gnädinger für  
21 die Einladung.

## 22 **10. Verschiedenes**

23 Der Delegierte bedankt sich für das Gastrecht im Haus der Kantone und beim Übersetzer für  
24 seine grossartige Arbeit.

25 Sitzungsende: 17:30 Uhr